

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefaßt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 93

Dresden, Mittwoch, 22. April

1925

Die Regierungserklärung des Kabinetts Painlevé.

Ein demokratisches Programm mit den Grundsätzen der Politik Herriots.

Paris, 21. April.
Ein Teil der französischen Presse glaubte noch heute morgen verfahren zu können, daß die Regierungserklärung des Kabinetts Painlevé weitgehende Zugeständnisse an die Opposition enthalten werde. Tatsache ist aber, daß das Programm, mit dem sich das Ministerium Painlevé heute den beiden Häusern des Parlaments vorgestellt hat, ein demokratisches Programm im besten Sinne des Wortes ist, das sich mit Ausnahme des Streites um die Befähigung am Balkan an der Einführung der französischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen reiflos die Grundsätze der Politik Herriots zu eigen macht.

Die Erklärung weist in ihrer Einleitung auf die beiden Hauptprobleme hin, deren Lösung sich das Ministerium zum Ziele gesetzt hat: die Sicherheitsfrage und die Sanierung der Finanzen.

Daß Frankreich sieben Jahre nach einem gewonnenen Kriege sich noch mit Schwierigkeiten dieser Art heimsuchung sehen muß, ist gewiß eine schmerzliche Enttäuschung, aber das Ministerium hält es für seine Pflicht, den Tatsachen offen ins Auge zu sehen. Die Hoffnung, volle Wiedergutmachung für alle erlittenen Schäden zu erhalten, die an der Realität der Dinge gescheitert sei, habe die früheren Regierungen manche wertvolle Lösung abweisen lassen, die jeder neue Ausschub nur verzögert habe.

Zwischen habe das französische Volk, der ewigen Bestrebungen mächtig, seinen souveränen Willen dahin kundgegeben, daß es den Frieden und die Sicherheit auf dem Wege der Achtung der Verträge und die Festigung der Wirtschaft durch Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik wolle.

Diese Forderungen, die die letzte Meinungsänderung der Wählerchaft zum Ausdruck gebracht habe, seien die Richtlinien für die Politik des vorangehenden Ministeriums gewesen; sie würden auch für die Politik des neuen Kabinetts maßgebend sein. Für ihre Verwirklichung erachtet die Regierung auf die Unterstützung aller Bürger, denen das nationale Interesse über den Partei und dem eigenen Vorteil stehen.

Aber die auswärtige Politik des neuen Kabinetts geht es in der Regierungserklärung: In den bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird die Regierung in erster Linie die weitere Durchführung des Dawes-planes

und die Regelung des Problems der inter-alliierten Schulden

betonen. Darüber hinaus wird es ihr oberstes Ziel sein, die Garantien für den Frieden und die Sicherheit zwischen den Völkern zu vervollständigen, die noch vor kurzem hart und hart in der Grenzlinie einander gegenüberstanden haben. In unentwegter Treue gegenüber allen seinen Verbündeten, gerecht und friedlich gegen alle Völker, hat Frankreich den aufrichtigen Wunsch, dazu beizutragen, der Welt den Frieden und die Ruhe zu geben, deren diese so notwendig bedarf.

Die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei allerdings, daß Frankreich selbst in Sicherheit leben könne. Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung, das seien die drei Hauptpfeiler, auf denen das Genfer Protokoll, der erste Entwurf eines großen internationalen Friedensvertrages, aufgebaut sei. Die neue Regierung werde an diesen drei Grundpfeilern festhalten mit dem doppelten Ziele, einmal das Einverständnis mit den alliierten Nationen aufrechtzuerhalten, die

im Kriege verbündete Frankreich gewesen sind, dann aber, in vollem Einverständnis mit dem von allen ehemaligen Frontkämpfern ausgesprochenen Wunsche, das Werk, die Autorität und die Organisation des Völkerbundes zu entwickeln, diesem dem Beitritt aller Staaten zu sichern und so die Wiederherstellung der Nationen vorzubereiten, ohne welche die gesamte europäische Zivilisation zugrunde zu gehen drohe.

Die glückliche Lösung dieses außenpolitischen Problems werde in weitgehendem Maße die von dem Lande geforderte Erleichterung der militärischen Lasten bezählig, deren Verwirklichung die Regierung mit vollem Nachdruck betreiben werde.

Das Finanzprogramm enthält an erster Stelle das formale Ver-

Die Börsenvorstände zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 21. April.
In der Industrie- und Handelskammer Berlin fand unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und Staatsbehörden eine Versammlung der deutschen Börsenvorstände statt, die sich mit den aus dem Entwurfe des Aufwertungsgesetzes zu erwartenden Folgen für die Anteilhaber und den Börsenverkehr befaßte.

Referent Leopold Werbach, Frankfurt a. M., führte aus, daß die unterschiedliche Behandlung von Alt- und Neubestij

dem Charakter des Inhaberpapiers widerspreche. Für die Länder und Kommunen sei noch keine endgültige Regelung vorgelegen. Die Bevorzugung von Altbestij habe mit sozialen Rücksichten nichts zu tun. Banktechnisch sei die Aufgabe nicht zu lösen. Der Gedanke der Trennung fuße auf der Abneigung gegen die Spekulation, die jedoch mit dem Spiel verwechselt werde, während die vollwirtschaftlich nähere Spekulation zur Unterbringung größerer Anteile nicht zu entbehren sei.

Durch die Entzweiung der Neubestij werde die Möglichkeit zur Aufnahme neuer Anleihen in Zukunft verfehrt.

Unter der Voraussetzung der Aufgabe der Trennung von Alt- und Neubestij machte der Redner einen positiven Vorschlag, für den die vorgeschlagene 5prozentige Aufwertung und die jährliche Leistung von 100 Millionen Reichsmark bis zur Tilgung der Anleihe voranzugeht wird. Die Befürworter der Altbestij, deren Höhe der Redner für die Schulden des Reiches und der Länder auf 3,2 Milliarden schätzte, sollten auf jegliche Verzinsung verzichten und ihre Entschädigung in der möglichst raschen Tilgung der Anleihe finden, die auf etwa 15 Jahre gegenüber den 40 Jahren nach dem Regierungsentwurfe zu benehnen sei.

Von seiten der Vertreter der Börsen in Stuttgart Geh. Rat Fischer, in Hamburg Göt., in Köln Seligmann, in München Weinberger, in Mannheim Goldschmidt sowie von Dr. Wölke von der Diskontogesellschaft, von Bankier Pohl von der Firma Harby & Comp. und von Rechtsanwalt Bernheim vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt und eine Unterscheidung zwischen Alt- und Neubestij vom banktechnischen Standpunkte aus für undurchführbar erklärt.

Geh. Rat Norden vom Reichsfinanzministerium legte noch einmal den Standpunkt der Regierung dar und betonte, daß eine Abneigung gegen eine sich in vernünftigen Grenzen bewegende Spekulation nicht bestrebe. Er

sprechen, daß der Haushaltsplan für das Jahr 1926 durch Streichung aller überflüssigen Ausgaben ins volle Gleichgewicht gebracht werde und der Anleihepolitil ein für allemal ein Ende gemacht werden soll.

Die Regierungserklärung spielt sodann auf die Ursache der augenblicklichen Krise an und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, sie mit Hilfe des Parlaments und des Landes zu überwinden. Erst dann werde die endgültige Finanzreform in Angriff genommen werden können, die neue schwere Opfer von allen fordern werde. Bestimmte Angaben über die Absicht der Regierung auf diesem Gebiete enthält die Erklärung nicht. Sie beschränkt sich auf einen Appell an die Opferwilligkeit und Mitwirkung aller Schichten bei dem

Die Börsenvorstände zur Aufwertungsfrage.

Beste eine bessere Regelung der Abfindung für die K-Schapanweisungen in Aussicht und hob zur Bewusstmachung der Einwände wegen der banktechnischen Durchführung des Umtausches hervor, daß die Forderungen so einfach wie möglich gestaltet werden sollen.

Der Vorsitzende des Aufwertungs-ausschusses Dr. Steiniger versprach, dem Ausschusse über den Verlauf der Versammlung Bericht zu erstatten und bemerke für sich persönlich, daß er auf Grund der Ausführungen der verschiedenen Redner seine Ansichten über die Aufwertungsfrage und das Wesen der Spekulation in diesem Zusammenhange zu korrigieren genötigt sei.

Zum Schluß gelangte einstimmig eine Entschließung

zur Annahme, in der es u. a. heißt: daß die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen mit der Reichsregierung in dem Grundgedanken des Erlases der Papiermarkantleihe des Reiches und der Länder durch eine Abfindungsanleihe einverstanden sind und auch den Plan der Gewährung einer Zinsvergütung durch eine Rente an die wirtschaftlich Schwachen billigen. Sie wämen jedoch bei der Ausführung dieser Absichten vor neuen Ungerechtigkeiten und der Verletzung allgemeiner Interessen und verwerten deshalb die verschiedenen Verhandlungen von Alt- und Neubestij. Abgesehen von der technisch kaum zu leistenden Arbeit durch die Banken, wäre sie durchaus ungerecht, weil Alt- und Neubestij keineswegs gleichbedeutend sei mit Besitz der bedürftigen und Wohlhabenden. Andererseits sei sie auch mit dem Wesen der Anleihen als Inhaberpapier und den Grundätzen der börsenrechtlichen Regelung und der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel, auf die sich die Erwerber von Anleihen verlassen haben. Deshalb würde ein solcher Vorgang das Vertrauen zu den deutschen Staatsanleihen aufs härteste erschüttern und die notwendige Unterbringung künftiger Anleihen ernsthaft gefährden und dem nach Schuß und Hebung verlangenden Ansehen Deutschlands im Auslande einen kaum erträglichen Schlag zufügen.

Dringende Bedenken seien gegen die Aufwertungsentschlüsse für die K-Schapanweisungen, die Zwangsanleihe und die Sparprämienanleihe geltend zu machen. Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen erheben deshalb im Namen der durch sie vertretenen Wirtschaftskreise entschiedenen Widerspruch gegen den Aufwertungsentswurf, betonen aber gleichzeitig, daß sie die Regierung in der Durchführung der zweckmäßigen, den berechtigten Wünschen Rechnung tragenden Abfindung zu unterstützen bereit sind.

unausschießbaren Sanierungswert, das die Regierung im Geiste demokratischer Steuer-gerechtigkeit vorbereite.

In der Frage des Vatikan

erklärt die Regierung, daß sie dem erbitterten Streit, der das Land zu spalten drohe, ein Ende zu machen wünsche, indem sie einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Beamten in Rom belöhnt. Auf der anderen Seite werde sie aber die Achtung vor der Laiengesetzgebung unter allen Umständen durchzusetzen wissen.

In der Angliederung Elsaß-Lothringens

auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung werde es das Bestreben des Ministeriums sein, alle unnötigen Reibereien zu vermeiden und, den wohlverordneten Rechten der elsass-lothringischen Bevölkerung Rechnung tragend, das Werk der Anpassung organisch fortzuführen.

Auf dem Gebiete der inneren Politik sehe sich die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzlage zu ihrem Bestreben genötigt, auf kostspielige soziale Reformen zu verzichten. Um so nachdrücklicher werde sie dagegen das Werk der Demokratisierung und des sozialen Fortschritts fortzuführen, das unerlässlich sei, um eine Atmosphäre nationaler Eintracht zu erzeugen und in den Massen der wirt-schaftlichen Bevölkerung nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie in einer Zeit, wo das Leben des Arbeiters besonders hart und schwer ist, von den öffentlichen Gewalten vernachlässigt werden. Deshalb werde die Regierung die Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes im Senate mit allen Mitteln beschleunigen, das Koalitionsrecht stärken, die Wiedereinstellung der Eisenbahner betreiben und die Durchführung des Achtstundentages gemäß den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens sichern. Die Regierungserklärung schließt mit der an das Parlament gerichteten Aufforderung, zunächst die Taten der neuen Regierung abzuwarten und sie danach zu beurteilen; wenn jedoch das Parlament glaube, dem Kabinett kein Vertrauen entgegenbringen zu können, so möge es das Schicksal des Landes unverzüglich einer anderen Regierung anvertrauen, da die gegenwärtige Lage keinen Ausschub dulde.

Die Kammerführung. Scharfe Angriffe auf Callaux.

Paris, 21. April.
Seit vielen Jahren herrschte kein solcher Andrang zu der Kammerführung wie heute. Von der Kammer bis zu der Konföderation hatten Hunderte Auffassung genommen in der Hoffnung, während der Sitzung noch Einlaß zu finden. Kurz nach 3 Uhr strömten die Abgeordneten in den Sitzungssaal. Als der ehemalige Ministerpräsident Herriot erschien, erhob sich die gesamte Linke und brachte ihm stehend minutenlang eine härmliche Guldigung dar; es eröfnete der Ruf: So lebt Herriot! Wenige Minuten darauf erfolgte der Eintritt des neuen Ministeriums. Painlevé bestieg die Tribüne, um von der ministeriellen Erklärung Kenntnis zu geben. Noch selten dürfte in einem Parlament die programmatische Erklärung der neuen Regierung lärmlicher unterbrochen worden sein. Wiederholt unterbrachen Abgeordnete der äußersten Rechten den Ministerpräsidenten, indem sie auf Callaux zeigten und sich in beleidigenden Zurufen ergingen. So vernahm man wiederholt: Nieder mit Callaux. Seine Ernennung ist eine Beleidigung der Gefallenen! Als Painlevé von der Beibehaltung des Vizepräsidenten beim Vatikan sprach, rief die Opposition lebhaften Beifall; einzelne ihrer Mitglieder riefen: „Jawohl, das ist der Camoflag!“ Auch die Erwähnung von Elsaß-Lothringen rief bei der Opposition ironischen Beifall hervor. Im weiteren Verlauf der Sitzung mußte der Ministerpräsident wieder-

holt minutenlang warten, bis er sich wieder Wehde verschaffen konnte.

Sofort, nachdem er seine Rede beendet hatte, verließ der Präsident der Kammer die eingegangenen

fünf Interpellationen,

deren sofortige Diskussion gefordert wurde. Als erster Interpellant erklärte Abg. Marcel Cachin (Comm.), seine Partei erwarte von der neuen Regierung nichts, habe jedoch die Pflicht, die Regierungserklärung zu prüfen.

Als zweiter Interpellant erklärte hierauf Abg. Bertrand, Vorsitzender der nationalen Vereinigung der Frontkämpfer, die ehemaligen Frontkämpfer hätten mit Entsetzen die Ernennung Caillaux zum Finanzminister erfahren.

Er glaube nicht, daß Frankreich schon so weit gekommen sei, um zwischen Caillaux und dem Konterrot wählen zu müssen.

Wenn man bis 1917 zurückdenke, dann müsse man feststellen, daß Defaitismus geherrscht habe, obwohl das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg angekündigt worden sei.

Der Abg. Bertrand erklärte am Schluß seiner Rede, er verweigere der Regierung nicht nur das Vertrauen, sondern er betrachte auch die Unwesenheit Caillaux in der Kammer als Herausforderung der Toten und der Lebenden.

Im Laufe der Interpellationsdebatten erklärte Painlevé: Wie könne die Kammer an Caillaux zweifeln, da er es gewesen sei, der noch und

Die Unterdrückung des Aufstandes in Bulgarien.

Die Regierung Jankoff Herr der Lage.

Sofia, 21. April.

Regierungstruppen und Volksmiliz haben die kommunistische Bewegung in den Kreisen Schumen und Warna vollständig niedergeschlagen. Ein großer Teil der Revolutionäre hat sich bedingungslos ergeben.

Jankoff, der als Haupt der kommunistischen Verschwörung in Bulgarien angesehen wird, ist heute im Feuergefecht mit Polizisten, die ihn verhaften wollten, erschossen worden.

Jankoffs Verzweiflungskampf und Tod.

Sofia, 21. April.

Über die Erschießung Jankoffs meldet die bulgarische Telegraphen-Agentur noch folgende Einzelheiten: Jankoff war in einem niedrigen Gebäude in einem entlegenen Viertel Sofias um-

zingelt worden. Die Polizei, die ihn unbedingt lebendig gefangen nehmen wollte, forderte ihn wiederholt auf, sich zu ergeben. Jankoff, der sich in einem Keller gut verchanzt hatte, lehnte dies ab.

Verhaftung bulgarischer Verschwörer in Berlin.

Berlin, 21. April.

Die politische Polizei hat eine Sitzung junger ausländischer Kommunisten ausgedehnt, die unter Leitung des Vorsitzenden des bulgarischen Studentenvereins kommunistischer Richtung Dr. Boitiff stand.

Paris an die Spitze des französischen Heeres gestellt hätte. Caillaux habe nie an dem Sieg gezweifelt.

Der Minister des Äußern Briand erklärte, er habe 1916 von der französischen diplomatischen Vertretung in Italien tatsächlich einen Bericht erhalten, in dem Caillaux der Betrug gemacht wurde, daß er sich in Italien einer Propaganda widme, die die öffentliche Meinung in Frankreich schädlich beeinflussen würde.

Hierauf sahete Caillaux zu: Er habe die Staatsfinanzen bei der Übernahme des Ministeriums in einem Zustande gefunden, von dem man sagen müsse, daß Durcheinander der Konten, der Mißbrauch der Sonderkonten und der Stand des Schatzkammers seien derart, daß man die gegenwärtigen Schwierigkeiten ernst nehmen müsse.

Er werde das Budget für 1925 so rasch wie möglich verabschieden lassen und er werde sich bemühen, ein im Gleichgewicht befindliches Budget zu erreichen.

Die Senatsitzung.

Paris, 21. April.

Auch im Senat zeigte sich ein ungeheurer Jubel über die Besetzung der Regierungserklärung durch den Justizminister Steeg wurde im großen und ganzen mit Ruhe aufgenommen, jedoch lösten die Stellen, die sich mit dem Feuerlichen Maßnahmen beschäftigten, bei der Mehrheit Heiterkeit aus.

Kunst und Wissenschaft.

Mozartabend im Volkstheater. Trotz der erlöschenden Musik läßt Mozarts Spieloper „Così fan tutte“ zu den Schmerzensklindern des Meisters. Wegen des „schlüpfrigen“ und „abstoßenden“ Textbuches, das indes einer wahren, vielbelächelten Begebenheit im Wien Josefs II. entspricht und vom Librettisten da Ponte nachgebildet wurde.

(Kopfhörern). Wini Schmieders sanftmütiges, unerschütterliches Organ fiel sogleich auf angenehme auf. Auch im Spiel zeigten beide Sängertinnen sich als starke Begabungen. Eine Opernjourette mit echtem Theaterblut und natürlicher, geminderter Komik ist Sena Striegler, die Tochter Georg Strieglers.

Violin und Klavier von Dietrich Schäfer, dessen Name in Dresden bereits bekannt ist. Das Werk ist instrumentengerecht gesetzt und zeigt sicheres Formgefühl im Sinne der klassischen Vorbilder. Freude am Klang beherrscht die lyrischen Stellen, gewinnender Rhythmus das Scharze.

gebracht habe. Die Beratung dieser Interpellation wird auf einen Tag festgesetzt, an dem der Ministerpräsident im Senat anwesend ist.

Das Vertrauensvotum der Kammer.

Paris, 21. April.

Die Kammer hat mit 304 gegen 218 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Klage Stresemanns gegen einen deutschnationalen Beleidiger.

Berlin, 22. April.

Ein Berliner Mitteilungsblatt meldete gestern, daß Dr. Stresemann gegen den deutschnationalen Major a. D. Prigge, der in einer Sitzung des Reichstages am 23. März Stresemann einen Landesverräter genannt hatte, Strafantrag gestellt hat.

Das „8-Uhr-Abendblatt“ teilt mit, daß auch ein Landrat Herzfeld, der, wie bekannt, ebenfalls der Deutschnationalen Volkspartei angehört, die gleiche verleumderische Beschuldigung gegen Dr. Stresemann erhoben habe.

Der „Volksanzeiger“ berichtet: Die Deutsch-nationale Parteileitung lehnt es selbstverständlich ab, für eine Verurteilung einzelner, die sie aus allerhöchster Mißbilligung, wenn sie tatsächlich geschehen sein sollte, verantwortlich gemacht zu werden.

Im Wahlmaterial des Reichstages heißt es nach dem „Vorwärts“:

Der Reichskanzler der uns veranschaulicht den wesentlichen Teil der amerikanischen Kapital ausgeliefert hat.

Der das Eljas preisgeben will (Ehrheitspaß).

Wo ein Papst?

Wo andere Stelle wird gefragt:

„Aber wenn die Daves-Politik ein Erfolg war, so war sie ein amerikanischer, kein deutscher. Denn mit der Daves-Politik hat Marx die deutsche Wirtschaft dem amerikanischen Kapital ausgeliefert, und wenn sich der Papst Marx zusammen mit den amerikanischen Geldgebern, von den Daves-Betrüger eine Verbindung Europas vertritt, damit Deutschland arbeiten und Reparationen zahlen kann, so ist diese Hoffnung schon verfliegen.“

„Wie sie die Wirtschaft mit den Daves-Betrüger anlieferen, so wollen sie jetzt das Eljas noch einmal und freiwillig preisgeben in ihrer Ehrheitspolitik.“

In immer neuen Kapitulationen beugt die Außenpolitik der Linken.“

Dresdner Kurse vom 21. April

Table of market prices for various goods, including flour, oil, and other commodities. Columns include item names, quantities, and prices.

Die Heimindustrie im Thüringer Wald.

Die Gewerkschaft der Glasmacher schreibt: Auf der diesjährigen Heimarbeitstagung in Berlin wird den Besachern Gelegenheit gegeben werden, die Ergebnisse der Heimindustrie des Thüringer Waldes kennen zu lernen.

Die Gewerkschaft der Glasmacher schreibt: Auf der diesjährigen Heimarbeitstagung in Berlin wird den Besachern Gelegenheit gegeben werden, die Ergebnisse der Heimindustrie des Thüringer Waldes kennen zu lernen.

Angestellte, in dem Technischen Betriebe, in den...

Das Los der Angestellten in dem Technischen Betriebe, in den Fabriken, in den Werken, in den Bergwerken...

Volkswirtschaft und Handel.

Wachstum der Reichsbahn. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, hat die Reichsbahn...

wirtschaftliches Bedürfnis für fruchtliche...

wirtschaftliches Bedürfnis für fruchtliche Vegetation nicht anerkannt worden. Das Reichspatentamt teilt mit: Die letzten...

wurde für die Unterzeichnung durch die noch nicht...

wurde für die Unterzeichnung durch die noch nicht beizutretenden Besen eine Frist bis zum 22. April...

Die Reichsbahn-Zigarettenfabrik Aktien-

Die Reichsbahn-Zigarettenfabrik Aktien-Gesellschaft, die u. a. die Zigaretten- und Cigaretten-Manufaktur...

Sächsische Landesbibliothek

Sächsische Landesbibliothek. (Sonderdruck des Verlags, 1924, 4-7. Preis 10 Pf.)...

IV. Medizinische und Zahnärztliche.

IV. Medizinische und Zahnärztliche. 1. Die Zahnärztliche Zahnärztliche Zahnärztliche...

V. Medizinische, Naturwissenschaftliche.

V. Medizinische, Naturwissenschaftliche. 1. Die Naturwissenschaftliche Naturwissenschaftliche...

VI. Sonstige.

VI. Sonstige. 1. Die Sonstige Sonstige Sonstige...

Lohnbewegung.

Lohnbewegung. Die Lohnbewegung der Arbeiter...

Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Großschlichter in Dresden.

Der über 1400 Mitglieder umfassende Reichsverband der Deutschen Großschlichter hielt am 18. April im Hotel Europa in Dresden unter dem Vorsitz des Oberleiters Fremmel-Berlin seine diesjährige Tagung ab.

78 Opfer des Reichswehrunglücks geborgen.

Hannover, 21. April. Von den insgesamt 81 Opfern des Weltkriegs Unglücks (80 Reichswehrsoldaten und ein Zivilist) sind bis heute 78 geborgen.

Ein humorvoller Bandit.

Rom, 21. April. Aus Genua wird gemeldet, daß zwei Schweizer, die in Begleitung ihrer Frauen die Ruine von Bassano besuchten, bei einem Dorfe, das durch das Erdbeben von 1887 zerstört worden war, von einem Waischen mit vorgehaltenem Revolver aufgefordert wurden, ihre Uhren, Schmuckstücke und Briefschaften abzuliefern.

Anschlag auf einen Kailänder Personenzug.

Bologna, 21. April. In der vergangenen Nacht ist versucht worden, einen Personenzug aus Mailand zur Entgleisung zu bringen, indem eine große brennende Schwelle unbemerkt auf die Schienen gelegt wurde.

Ein japanischer Frachtdampfer gesunken.

London, 21. April. Nach dröhnenden Meldungen sind bei dem am der Küste von Schottland erfolgten Untergang eines japanischen Frachtdampfers 48 Mann ums Leben gekommen.

„Los Angeles“ auf der Reise.

Salzburg, 21. April. Das Luftschiff „Los Angeles“ hat mit einer Mannschaft von 50 Köpfen einschließlich der Beobachter und 8 Tausend Pfund seinen Flug nach dem Bermuda-Inseln angetreten.

Im Klepperboot von Deutschland nach Afrika.

Der bekannte Sportmann Karl Scholl aus Neuburg a. Donau, der mit einem zerlegbaren Klepperboot, allein nur von seinem treuen Hunde begleitet, die etwa 10000 Kilometer-Strecke von Bayern nach Ägypten paddelnd und segelnd zurücklegte, wurde in allen Ländern, die er berührte, achtungsvoll und herzlich empfangen.

Bon hier aus kam Scholl durch den Kajmubel-Kanal zum Nil, auf dem er nach ägyptischer Fahrt Kairo erreichte.

Rhin als Kongressort für das Handwerk.

Gelegentlich der Jubiläumsausstellung in Köln werden folgende Reichsverbandstagungen der einzelnen Gewerbe in diesem Jahre in Köln abgehalten werden: den Weigen beginnt der Deutsche Drechslerverband, der vom 5. bis 8. Juni in Köln tagt.

Invalidendank

Beizeit zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden Dresden, Johannisstraße 8.

Die Kurzschrift in der Sächsischen Schule.

Das Ministerium für Volksbildung hat am 9. April verfügt: Von Oftern ab ist an allen Schulen des Volks- und des Wirtschaftsministeriums, an denen Stenographielehrunterricht erteilt wird, die Einheitskurzschrift zu lehren.

Die beiden Ministerien wollen geschehen lassen, daß auch solche Lehrkräfte, die die staatliche Stenographielehrprüfung nicht abgelegt haben und zur Teilnahme an einem Einheitskursus in die Einheitskurzschrift keine Möglichkeit hatten, die aber bisher an ihren Schulen Kurzschrihtunterricht erteilt haben, diesen Unterricht auch weiterhin geben.

Wegen der Ablegung der staatlichen Stenographielehrprüfung der übrigen Lehrkräfte der Kurzschrift bleibt spätere Entscheidung vorbehalten.

Die Verordnung über den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen vom 9. 3. 1923 ist durch Verordnung vom 14. April dahin abgeändert worden, daß der Antrag auf Befreiung vom Schulbesuch einheitlich für das ganze Schuljahr oder vom Fall zu Fall gestellt werden kann.

Tageschronik.

Furchtbare Verzweiflungstat.

Reumünster, 21. April. Auf dem zur Landgemeinde Bader gehörenden Gutshof Birkenhof des Gutbesizers Osterlein erschoss gestern der aus Berlin kommende Gutshofbesitzer Neumann, nachdem er fünf Pferde, zwanzig Kühe und fünf Schweine durch Schüsse getötet hatte, seine Frau und seine 70 Jahre alte Schwiegermutter. Dann stellte er mit Hilfe von Benzin das Wohnhaus in Brand und verübte schließlich Selbstmord. Neumann war vermutlich durch seine unglückliche finanzielle Lage zur Tat veranlaßt worden.

Der Luftmord bei Eisenberg aufgeklärt.

Jena, 21. April. Auf der Dömitzener Flur, Landkreis Jena, wurde am Montagvormittag ein Nordairtent auf ein sechsjähriges Mädchen verübt. Das Kind wurde, in einer Schlinge hängend, an einem Baum aufgefunden. Der Täter wurde auf der Flucht von den Dorfeinwohnern ergriffen. Das Kind konnte, obwohl es nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, noch gerettet werden. Da die Verübung dieses Mordes dem Eisenberger Morde vom letzten Oktober ähnlich war, und der ergriffene Täter auch eine Äußerung über Eisenberg fallen ließ, entsandte das Thüringer Landeskriminalamt sofort Beamte zu dem neuen Tatort. Der Täter gefand, ein Kind in Eisenberg ermordet und im Walde verscharrt zu haben. Er ist überführt, den Eisenberger Mord in grausamer

Beamten-Anwärter i. V.

nicht unter 18 Jahre, sachkundig und verkörpert für die Stadtkasse - Stadtkasse - zu sofortigem Antritt gesucht. Besuche mit Lebenslauf und Zeugnissen bis 6. 5. 1925.

Der Landwirtschaftliche Kreditverein Sachsen.

Hierdurch laden wir zu der 60. ordentlichen Generalversammlung unseres Vereins, die am Dienstag, den 28. April d. J., mittags 12 Uhr im Weißen Saale des Fremdenhotels „Der Hahn“ in Dresden, Marienstraße 20, stattfinden soll, ein.

- 1. Vortrag des Geschäftsberichts für 1924. 2. Bericht des Prüfungsausschusses und Beschlüßfassung über die Nichtigpreisung der Inventur und Bilanz. 3. Beschlüßfassung über die Verwendung des Reingewinnes. 4. Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern und deren Stellvertretern. 5. Wahl des Prüfungsausschusses.

Der Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen.

Dr. Scheffler, Vorsitzender des Verwaltungsrates. Dr. Mehnert, Vorsitzender des Direktoriums.

Table with 2 columns: Vermögens (Assets) and Reichsmark. Rows include: Untilgbare tilgbare Feingold-Zert. (636 845 40), Untilgbare tilgbare Feingold-Zert. an Gemeinden (225 083 25), Darlehen gegen Sicherungshypothek oder Pfand (374 665 50), Wechselkredite an Landwirte (967 712 35), Zinsguthaben (342 30), Wertpapiere (296 123 66), Vereinsgebäude (600 000 00), Inventar (10 000 00), Laufende Rechnungen: Schulden R. M. 1 585 051 06 ab: Gläubiger 1 474 159 17 = 110 891 89

Table with 2 columns: Schulden (Liabilities) and Reichsmark. Rows include: Verlösbare Feingold-Pfandbriefe (636 845 40), Verlösbare Feingold-Kreditbriefe (225 083 25), Akzepten (26 830 00), Stammanleihe (232 479 10), Sonderreservesfonds (5 000 00), Bergleihen Einlagen (1 101 651 69), Koggenpareinlagen (4 003 66), Aufsichtungs- u. Umstellungskosten (891 820 34), 3%ige Pfand- und Kreditbriefzinsheine (5 815 95), Gewinn (92 344 90) = 3 221 664 29

Table with 2 columns: Glieder in Papiermarkt (Paper Market Members) and Reichsmark. Rows include: Privatdarlehen (171 600 150), Kreditbriefdarlehen (14 147 705 800), Rückzahlbare Darlehen (1 781 425 00), Darlehen gegen Sicherungshypothek (358 650 00), verlösbare Pfandbriefe (139 635 875 00), Kreditbriefe (1 073 226 500), kündbare Pfandbriefe (1 107 100 00), einlösliche gelafte Pfand- und Kreditbriefe (14 701 975 00)

Das Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen.

Dr. Mehnert, Dr. Wittkowsky, Dr. Ostermann.

Im hiesigen Stadtkrankenhaus ist die Stelle einer zweiten Schwester

baldigt zu besetzen. Jüngere Bewerberinnen, die in der Krankenpflege ausgebildet und geprüft sind, vertretungsweise auch als Operationschwester arbeiten können, werden ersucht, ihre Gesuche mit Zeugnissen und Lebenslauf spätestens bis zum 4. Mai d. J. einzureichen. Besetzung nach Vereinstarung.

Stenik (Wogl.), den 20. April 1925. Der Stadtrat.

Die Elbernhauer Anthracit-Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Elbernhau sind lt. Gesellschaftsbeschl. am 30. Januar 1925 aufgelöst und in Liquidation getreten. Die Gläubiger werden aufgefordert, etwaige Ansprüche an die Gesellschaft geltend zu machen.

Elbernhau, am 18. 4. 1925. Elbernhauer Anthracit-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation. Die Liquidatoren: E. Ortloff, Elbernhau, Bahnhofsstr. 19, W. G. Siebertz, Weitz-Dankwitz, Reisingerstraße 6a, Adolf Cyberg, Berlin-Dahlemdorf, Gumburger Str. 12.

1 jüngerer Beamtenanwärter

zum sofortigen Antritt gesucht. Distanzliche Besetzung nach Gruppe V, Dienstklasse C. Im Bewerbsverfahren gut vorgebildete, sowie kurzschrift- und schreibmaschinengewandte Bewerber (oder nur solche) wollen Bewerbungen bis spätestens 30. April 1925 an den unterzeichneten Gemeindevater einreichen.

Gemeinderat Erlbach (Wogl.).

Deutsche Jugendherbergen Zweigaußschuß Sachsen.

Einladung zur Hauptversammlung Sonntag, den 3. Mai in Leipzig vorm. 9 Uhr, Alie Handelsstraße am Ratsmarkt. Tagesordnung: Jahres- u. Kasienbericht; Vorträge: Wandern u. Naturforschung; Genuß u. Arbeitsplan für 1925; Die Jugendberg hochstein und die Sachsentournee; Wahlen; Anträge, Beschlüsse. Der Vorstand, Otto Richter, 1. Vorst.

Schüler-Konzert der Gesangsschule Hermann u. Nüssle.

Karten zu 1.- M. an der Abendkasse.

Kaffeehaus Blesch. Jeden Nachmittag Konzert. Flotte Zigeuner-Kapelle. Direktion Pista Kovacs. Angenehmer Familien-Aufenthalt. Vorzügliches Gebäck aus eigener Konditorei. Jede Tasse Kaffee frisch zubereitet.

Echte Reiher. sind immer am schönsten und billig bei Hesse, Scheffelstr. 12. Tageskalender. Donnerstag, 23. April Staatstheater. Opernhaus. Voraussichtung des Requiem von Verdi. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

Prima Portland-Cement (Verbandsware) in Ladungsbezug. SCHOCH & CO., G. m. b. H. Zementgroßhandlung BERBERSDORF i. Sa. Fernsprecher Hainichen 57.

Familiennachrichten. Gestorben: Dr. Dr. med. Fritz Stohwin auf Weiser Hirsch; Dr. Friedrich Heintz u. Wank. Kaufmann u. vorm. Hofschlichter (46 J.) in Dresden; Dr. Friedrich Hermann Wobe, Geschäftsm. a. D. des Konsumvereins Biechen u. H. in Dresden; Dr. Carl Emil Moritz Bier, Oberpolizeirat a. D. (69 J.) in Dresden; Frau Clara verw. Zaupe, verw. gew. Sohr in Dresden; Dr. Paul Reupolt (25 J.) in Dresden-Kemnitz; Dr. Ernst Ross, vorm. Rittergutsbesitzer (59 J.) in Dresden; Dr. Eduard Max Kempf, Mostereibesitzer Weidenborf; Frä. Bertha Anna Dippold in Dresden; Dr. Georg Heydt (78 J.) in Leipzig.